

Scharia auf dem Prüfstand

Muslimische Aktivistinnen in Südostasien fordern Reform der islamischen Gesetze

von Johanna Son

Muslimische Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen aus Südostasien haben auf einer Konferenz Anfang August 2001 in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur eine Reform islamischer Gesetze verlangt. Die Weltreligion solle nach Ansicht der Teilnehmerinnen frauenfreundlicher werden.

Ähnliche Forderungen werden auch in anderen südost- und südasiatischen Ländern wie Indonesien, den Philippinen und Pakistan immer lauter. Doch wer sie stellt, bringt sich in Gefahr, als unislamisch denunziert zu werden. Im Interesse der Frauen sind vor allem familien- und eherechtliche Reformen der Scharia, der Korangesetze. Sie sollten modernisiert werden und den Frauen im Rahmen des Islam zu mehr Rechten verhelfen. Dabei ist auch das Engagement der Frauen gefordert.

Es sei noch viel zu wenig bekannt, daß beispielsweise in Saudi-Arabien oder im Iran Frauen in Scheidungsverfahren auch mal mit der Faust auf den Richtertisch schlagen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Vor allem, so forderte die iranische Wissenschaftlerin Ziba Mir Hosseini, sollten sich die Frauen selbst einmischen und die Gesetze studieren. Schließlich sei in den letzten 40 Jahren eine Generation gut ausgebildeter muslimischer Frauen herangewachsen, die aufgrund ihres Wissens Reformen durchsetzen könnten. Hosseini erforscht an der Universität von Cambridge die Beziehungen der Geschlechter im Islam und hat mehrere Bücher zu diesem Thema verfaßt.

»Wenn wir bestimmte Gesetze der Scharia und deren Umsetzung in Frage stellen, dann bedeutet dies nicht, daß wir gegen den Islam sind oder an den Worten Allahs zweifeln«, meinte Zainan Anwar, die Direktorin der malaysischen Nichtregierungsorganisation »Schwestern im Islam«. Es

gehe den muslimischen Frauen in Südostasien vielmehr darum, nach der richtigen Interpretation der Botschaft des Koran zu fragen.

Die Furcht vor gesellschaftlicher Instabilität als Grund zur Ablehnung von Gesetzesänderungen

Cynthia Abubakar vom Institut für islamische Studien an der Universität der Philippinen vertrat in einem Interview die Meinung, die Furcht vor gesellschaftlicher Instabilität sei in vielen Ländern der Grund für die Ablehnung von Gesetzesänderungen. »Sie glauben, daß die fraglichen Gesetze auf der Lehre des Koran beruhen. Wenn man also das Gesetz in Frage stellt, stellt man in ihren Augen den Koran selbst in Frage und ist somit ein Ungläubiger.«

Dennoch bestanden die Konferenzteilnehmerinnen auf der Notwendigkeit, die Vorgaben zu überprüfen, die hinter den islamischen Gesetzen stecken. Besonders im Hinblick auf Ehe, Familie und Scheidung müßten diese Gesetze frauenfreundlicher und fairer werden.

Dabei kamen kontroverse Themen wie die patriarchalische Grundhaltung des Islam und die eheliche Mitgift zur Sprache. Für einige muslimische Frauen ist diese Mitgift erniedrigend, während andere sie als eine Art finanzielle Rückversicherung sehen, die in Not geratenen Frauen einen gewissen Schutz bieten kann. Siti Ruhaini Dzuhayatin vom indonesischen Zentrum für Frauenstudien

berichtete, viele Aktivistinnen und andere Frauen wollten die Mitgift so reduziert sehen, daß sie nur noch symbolischen Charakter hat und die Braut nicht als Besitz angesehen wird. In manchen muslimischen Gesellschaften wird die Mitgift schriftlich im Ehevertrag festgelegt, in anderen nur verbal. Im Iran kann sie Frauen im Ehestreit schützen, denn sie können auf ihrer Ausbezahlung bestehen und erhalten dadurch eine Art Notgroschen.

Ins Kreuzfeuer weiblicher Kritik sind auch die den Männern erlaubte Polygamie und die für Frauen erschwerten Scheidungsbedingungen geraten. Während es einigen Aktivistinnen schon genügen würde, wenn sich über Schwächen und Abänderungen der Polygamie zumindest diskutieren ließe, möchten andere sie ganz abschaffen. In zwei islamischen Ländern, in der Türkei und in Tunesien, ist Polygamie bereits verboten.

Auch wenn es in den einzelnen Ländern unterschiedliche islamische Gesetze gebe, die Wurzeln, auf denen sie beruhen, seien stets die gleichen patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen, unterstrich die Ägypterin Amira el-Azhary Sonbol, Professorin für islamische Geschichte. Die von ihr vorgebrachten Beispiele reichten von der beherrschenden Rolle männlicher Familienmitglieder bis hin zur Erlaubnis des Ehemanns, ohne die eine verheiratete Frau nicht außerhalb ihres Hauses arbeiten darf.

Der Artikel wurde der Auslandsausgabe der Zeitschrift Junge Welt vom 7.8.2001 entnommen.